



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 12.12.2023, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2023

*Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten
Katholischer Vorsitzender der GKKE*

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die deutsche Rüstungsexportpolitik findet nicht zuletzt im europäischen Kontext statt. Mehr noch: die europäischen Dimensionen gewinnen seit Jahren wachsende Bedeutung. Die Probleme der Ordnung eines anspruchsvollen Politikfeldes zeigen sich auch hier.

Wir kritisieren, dass die EU-Mitgliedstaaten erneut die Daten für 2022 erteilte Rüstungsexportgenehmigungen nicht rechtzeitig vorgelegt haben. Mit Blick auf die Europäische Friedensfazilität (EPF) gilt es zu verhindern, dass die sinnvollen Verfahren zur Unterstützung der Ukraine dazu genutzt werden, um andere - hoch problematische – Empfängerländer, wie Somalia oder Niger, zu beliefern.

Die EU-Kommission hat Anfang Mai 2023 eine Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) vorgelegt. Diese zielt darauf, die Produktionskapazitäten für Munition und Flugkörper zu erhöhen, um die Ukraine zu unterstützen. Soweit so gut. Allerdings wird darauf zu achten sein, dass diese Notfallmaßnahme, die Ausnahmen von bestehenden EU-Regeln zulässt, nicht zu problematischen Präzedenzfällen führt.

Es ist ganz offensichtlich, dass die veränderte sicherheits- und rüstungspolitische Dynamik neuen Regelungsbedarf mit sich bringt. Vor diesem Hintergrund ist es grundsätzlich gut, dass 2024 die Review des Gemeinsamen Standpunkts der EU zur Rüstungsexportkontrolle ansteht. Die GKKE beobachtet weiterhin mit Sorge, dass die Förderung und Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie und Rüstungszusammenarbeit bisher nicht von einer Stärkung der europäischen Rüstungsexportkontrolle begleitet wird. Der Review-Prozess bietet die Chance, die Schwachstellen der EU-Rüstungsexportkontrolle zu überwinden. Dabei gilt: Harmonisierung darf nicht als Anpassung an die laxesten Exportpraktiken verstanden werden.

Die EU-Mitgliedstaaten pochen mit Blick auf die Rüstungsexporte auf ihre Souveränität und sind in der Regel nicht bereit Entscheidungsbefugnisse abzugeben. Die Bundesregierung hat eine Initiative für eine restriktive Rüstungsexportpolitik auf EU-Ebene angekündigt. Gegenwärtig ist jedoch nicht ersichtlich, wie die EU-Exportkontrolle ausgestaltet werden kann.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die GKKE dafür aus, Verbesserungen bei der Rüstungsexportkontrolle auf nationaler Ebene nicht unter Verweis auf eine EU-weite Regelung mit unklarer Zukunftsperspektive zu blockieren. Vielmehr geht es darum, sowohl auf der nationalen, als auch auf der EU-Ebene für eine restriktive Rüstungsexportpolitik einzutreten. Wenn die Idee einer europäischen Rüstungsexportkontrolle

tatsächlich Erfolg haben soll, braucht es zuallererst eine breite europäische Debatte mit dem Ziel einer restriktiven Rüstungsexportstrategie als Teil einer umfassenden außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Gesamtstrategie, angelehnt an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Diskussion um die europäische Rüstungsexportpolitik ist Teil der grundlegenden Frage nach europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Es geht letztlich um unser europäisches Selbstverständnis. Dieses darf sich nicht darin erschöpfen, schlechte Kompromisse mit unseren europäischen Partnern um des lieben Friedens willen zu schließen, während in anderen Ländern die Preise für eine solche innereuropäische Konfliktvermeidung gezahlt werden. Das wäre weder ethisch angemessen noch ließe es sich als nachhaltige Politik bezeichnen.
